

Rede

Kiel, 30.05.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Zukunft des Messestandortes Husum und die Rolle des Westküstenbeirates**

Husum hat, Seite an Seite mit den Windmühlenherstellern, dazu beigetragen, aus einer kleinen regionalen Messe, eine Messe von internationalem Rang zu entwickeln. Das Renommee dieser Leitmesse hat auch unserem Land gut getan. Aus diesem Grund ist der Weggang der internationalen Messe nicht nur für die Westküste sondern fürs Land ein großer Verlust. Und es wäre sicherlich wünschenswert gewesen, wenn „Husum WindEnergy“ in vollem Umfang dort erhalten geblieben wäre. Doch wir müssen erkennen, dass die Vorzeichen, unter denen dieser Konkurrenzkampf in all den Jahren stand, letztendlich keine anderen Möglichkeiten zuließen.

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, weil die großen internationalen Produzenten den Messestandort Hamburg favorisiert haben. Von daher müssen wir erkennen, dass der gefundene Kompromiss für Husum ein guter Kompromiss ist.

Durch die künftige Ausrichtung der Husum-Messe unter dem Dach einer gemeinsamen Messegesellschaft ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gewährleistet. Keiner der beiden Messepartner kann ein Interesse am Misserfolg der jeweils anderen Messe haben, da in der Dachgesellschaft sowohl Gewinne als auch Verlustrisiken gemeinsam getragen werden. Darüber hinaus wird der Kompromiss auch von der Windbranche mitgetragen. Für Husum bedeutet der Kompromiss eine mittelfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Ausrichtung seiner alle zwei



Jahre stattfindenden Windmesse. Husum bleibt damit weiterhin auf der Landkarte der Windbranche und mit Hamburg an seiner Seite, wird die Messe weiterhin in Norddeutschland zu halten sein. Von daher geht der Antrag der FDP nicht nur völlig ins Leere, vielmehr gefährdet er den gefundenen Kompromiss. Der Vertrag wurde zwischen gleichberechtigten Partnern ausgehandelt, von daher sehen wir nicht die Notwendigkeit das Paket wieder aufzuschnüren.

Um die Potentiale der Westküste herauszuarbeiten wurde von der Landesregierung die Westküsteninitiative (WKI) ins Leben gerufen. Ziel ist, die Akteure aus der Region – also mit den Kommunen, den Kammern, den Gewerkschaften, den Unternehmensverbänden bis hin zu Hochschule – alle an einen Tisch zu bekommen, um in den Dialog zu treten. Ich möchte hervorheben, dass die Westküsteninitiative von den Vertretern der Region ausdrücklich begrüßt wurde. Denn an der Westküste hat man bereits seit längerem erkannt, dass es wichtig ist, die Gemeinsamkeit zu unterstreichen und hervorzuheben. Umso mehr, wenn es darum geht wichtige überregionale Projekte umzusetzen oder sich an anderer Stelle Gehör zu verschaffen.

Der eingerichtete Beirat hat sich darauf verständigt die wichtigsten Handlungsfelder zu identifizieren. So liegen die wirtschaftlichen Schwerpunkte im Bereich Verkehr, erneuerbare Energien, Tourismus sowie der Industriestandort Brunsbüttel, weiter hat man sich auf die Handlungsfelder Demografie und Fachkräfte geeinigt. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die regionalen Akteure von vornherein einzubinden. In den nächsten Schritten müssen nun die herausgearbeiteten Handlungsfelder analysiert werden sowie Prioritäten und entsprechende Ziele erarbeitet werden.

Die Landesregierung hat mit der WKI einen Anstoß gegeben, der wirklich auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Nun gilt es in den nächsten Schritten die weiteren Vorgehen zu erörtern, damit als bald möglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

